

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Gremium: BAG Frieden & Internationales  
Beschlussdatum: 14.09.2019  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

## Antragstext

- 1 **Die internationalen Beziehungen durchlaufen dramatische Veränderungen. Dabei nehmen auch**
- 2 **Spannungen und Widersprüche zu, auf die grüne Friedens- und Außenpolitik Antworten finden**
- 3 **muss.** Der Verbrauch von Ressourcen und Umweltverschmutzung bedrohen unsere Lebensgrundlage.
- 4 Der zunehmende Reichtum ist außerdem extrem ungleich verteilt. Was für einige Überfluss
- 5 verspricht, bedeutet für viele Armut, Ausbeutung und Leidensdruck. Noch nie waren die
- 6 Kommunikationsmöglichkeiten zwischen Ländern und Kulturen so vielfältig. Doch der Kontakt
- 7 mit "anderen" wird nicht leichter. In Filterblasen sprechen wir immer öfter und
- 8 verständnisloser über- statt miteinander.
- 9 All dies erhöht das Eskalationsrisiko lokaler und globaler Konflikte. **Umwelt-, Wirtschafts-,**
- 10 **und soziale Krisen, aber auch militärische Auseinandersetzungen, Krieg und Flucht sind zu**
- 11 **weltpolitischen Alltagserscheinungen geworden.** Oft hängen sie miteinander zusammen
- 12 und
- 13 verschärfen sich gegenseitig. Die zunehmende Polarisierung von Diskursen und Politik
- 14 verhindert, dass Probleme bei ihren Ursachen angegangen werden. Die Propagierung
- 15 kurzfristiger militärischer Lösungsansätze macht sie sogar noch schlimmer. Extrembeispiele
- 16 vermeintlicher Verbündeter in Krisenregionen durch Waffenexporte.
- 17 Gerade herrscht auf der politischen Weltbühne zudem das Prinzip der Sicherheit durch
- 18 Einschüchterung und Dominanz. Diesen Sicherheitsbegriff müssen wir umkehren. **Sicherheit ist**
- 19 **für uns die Gewährleistung der universellen Menschenrechte** und umfasst auch die
- 20 Beteiligung
- 21 am politischen und öffentlichen Leben, Bildungs- und Chancengleichheit, gesundheitliche
- 22 Aspekte, reproduktive und sexuelle Rechte, Ernährungssouveränität, gerechte
- 23 Ressourcenverteilung und die Freiheit von Not und Furcht.
- 24 **Kern unserer außenpolitischen Bemühungen muss es sein, systematisch auf globale Entspannung**
- 25 **und Überwindung von Gegensätzen hinzuarbeiten.** Dadurch gewinnen wir gegenseitiges
- 26 Vertrauen
- 27 zur dringend gebotenen gemeinschaftlichen Lösung globaler Schicksalsfragen. International
- 28 müssen Deutschland und die EU dazu trotz Gegenwind noch intensiver auf eine Verrechtlichung
- 29 und Institutionalisierung unseres globalen Miteinanders hinwirken. Dies bedeutet, das

28 Völkerrecht und multinationale Institutionen zu verteidigen, zu stärken und  
29 weiterzuentwickeln. Gleiches gilt für das internationale Strafrecht und den Internationalen  
30 Strafgerichtshof. Wir stehen ein für die Stärke des Rechts statt dem Recht des Stärkeren.  
31 **Das geht nur effektiv, wenn wir uns selbst konsequent an internationale Abkommen  
und Normen**  
32 **halten und uns unserer eigenen geschichtlichen Verantwortung bewusst sind.**  
33 **Grüne Friedens- und Außenpolitik ist im besten Sinne radikal.** Sie will die Probleme bei  
den  
34 Ursachen packen und denkt grundsätzlich präventiv. Kein Genozid fällt einfach so vom Himmel,  
35 keine Krise kommt ohne Vorboten. Und kein Krieg ist unausweichlich. Grüne Friedens- und  
36 Außenpolitik ist deshalb auch kreativ. Sie versucht Entscheidungen zu vermeiden, bei denen  
37 Politik zwischen zwei Übeln wählen muss. **Mit Dialog, Empathie und Vorstellungskraft**  
**bemühen**  
38 **wir uns immer um gewaltfreie Ansätze zur Bearbeitung von Konflikten.**  
39 Das Gewaltverbot des Art. 2 (4) der VN-Charta ist eine große Errungenschaft. Militärische  
40 Lösungen für Konflikte gibt es nicht. Kampfeinsätze sind für uns höchstens letztes Mittel,  
41 und immer Ausdruck eines Scheiterns.  
42 Der Einsatz von Militär ist nur zum Selbst- und Bündnisschutz, auf dem Territorium eines um  
43 militärischen Beistand bittenden Staates, sowie im Rahmen völkerrechtskonformer Missionen  
44 mit Mandat der Vereinten Nationen, nämlich zur Wahrung des Weltfriedens, im Falle eines  
45 Genozids oder bei Verbrechen gegen die Menschlichkeit, zu rechtfertigen.  
46 Militär kann allenfalls als ein Instrument zur Verhinderung solcher Verbrechen beitragen und  
47 Bedingungen für Verhandlungslösungen schaffen. Wir werden Einsätzen der Bundeswehr nur  
mit  
48 einem Mandat der Vereinten Nationen zustimmen. Jeder militärische Einsatz hat zugleich einen  
49 hohen Preis. Es darf keinen militärischen Einsatz ohne einen Plan für die Konfliktnachsorge  
50 und ohne Ausstiegs- und Abzugsstrategie geben.  
51 Zudem braucht es gegenseitiges Verständnis: **Internationale und Interkulturelle**  
**Sensibilität**  
52 **und Solidarität müssen auf allen Ebenen gefördert werden.** Dazu gehören möglichst  
allen  
53 Menschen zugängliche Möglichkeiten des Austausches. Mobilität, Bildung und Kultur sind  
54 hierbei wichtige Säulen. Bezüglich bestehender, sowie möglicher neuer Konflikte, braucht es  
55 zudem deutlich stärkere Aufklärung und Analysefähigkeiten, sowohl in den außenpolitischen  
56 Institutionen wie auch in unseren Gesellschaften insgesamt. **Unsere Außenpolitik muss**  
**hierauf**  
57 **aufbauen und jeweils die Sichtweisen aller Beteiligten miteinbeziehen,** anstatt  
populistisch  
58 und konfliktverschärfend primär irgendeine „Heimkurve“ zu adressieren.  
59 **Feministische Außenpolitik**  
60 **Die Hälfte der Macht den Frauen\* - das muss auch in der Außen- und**  
**Sicherheitspolitik**  
61 **gelten!** Frauen\* bestimmen bisher nur selten mit, wenn es um die großen außenpolitischen  
62 Herausforderungen und Konflikte geht. Dabei sind sie\* besonders drastisch von Kriegen,

63 Krisen und Umweltzerstörung betroffen. Frauen\* sollen jedoch nicht als Opfer stigmatisiert  
64 werden, sondern als Akteur\*innen für Frieden und Sicherheit auftreten. Ein gerechtes und  
65 friedliches Zusammenleben ist nur durch konsequente Teilhabe und Einbeziehung der  
66 Perspektive von Frauen\* und marginalisierten Gruppen möglich.

67 **Wir verfolgen einen intersektionalen Ansatz.** Das heißt, dass wir besonders aufmerksam  
sind  
68 für Überschneidung von verschiedenen Diskriminierungsformen. Systematische Benachteiligung  
69 von Teilen der Bevölkerung beim Zugang zu Macht und Ressourcen birgt ein erhebliches  
70 Konfliktpotenzial. Darum treten wir für eine Welt ein, in der alle ohne Gewalt und  
71 Unterdrückung leben können.

72 **Krisen und Kriege treffen Frauen\* und andere verletzbare Gruppen in besonderer  
Heftigkeit  
73 und ihre Perspektive bleibt dennoch unberücksichtigt.** Sexualisierte und genderbasierte  
74 Gewalt wird vermehrt in und nach Konflikten ausgeübt, teils bewusst als Kriegswaffe  
75 eingesetzt. Konfliktanalysen müssen in allen Phasen des Konfliktzyklus auch die  
76 Genderperspektive einbeziehen. Das gilt von der Erarbeitung von Frühwarnmechanismen bis hin  
77 zu Nothilfe und Wiederaufbau. Solche feministischen Analysen bilden die Grundlage für  
78 politische Entscheidungen.

79 **Die Erfahrungen von Frauen\* müssen in die Verhandlungsrunden einfließen.** Aufgrund  
ihrer  
80 Sozialisierung und spezifischen Betroffenheit haben Frauen\* oft einen Blick für  
81 tieferliegende, strukturelle Ursachen von Konflikten und können daher zu besseren Lösungen  
82 beitragen. Ihre Einbindung in Prozesse der Friedensförderung und Konfliktprävention darf  
83 sich nicht auf bloße Anwesenheit beschränken, sondern muss auch Entscheidungsmacht  
umfassen,  
84 im zivilen und im militärischen Bereich.

85 Unsere feministische Außenpolitik sorgt für grundlegende gesellschaftliche Veränderung: **Wir  
86 wollen mit Diversität gegen homogene Machtzirkel und diskriminierende Netzwerke  
kämpfen.**

87 Wenn es lokale, möglichst unabhängige Frauen\*organisationen gibt, sollen sie Zugang zu  
88 Verhandlungen und Öffentlichkeit erhalten. Wo noch keine solchen Organisationen bestehen,  
89 soll der Aufbau unterstützt werden. Gerade in Post-Konflikt-Situationen und  
90 Staatenbildungsprozessen sollte die Chance genutzt werden, die Entwicklung von  
91 Frauen\*rechten und -partizipation zu unterstützen.

92 **Auch Männer und Jungen profitieren von Gleichstellung und müssen dazu beitragen,  
93 Frauenrechte und Teilhabe voranzutreiben.** Um dem Problem von „militarisierter  
Maskulinität“  
94 zu begegnen, müssen wir patriarchalische und aggressive Männlichkeitsbilder in Frage  
95 stellen. Dies wird auch Männern und Jungen zugutekommen, die selbst an stereotypisierten  
96 Erwartungen an sie leiden, oder ebenfalls negativ von den Auswirkungen männlich dominierter  
97 Politik betroffen sind.

98 So umgesetzt ist eine feministische Außenpolitik ein Gewinn für alle Seiten. Mit ihr bauen  
99 wir verschiedene Formen der Benachteiligung ab und fördern so Stabilität und Frieden.

### 100 **Abrüstung, Rüstungskontrolle und kooperative Sicherheit**

101 **Friedenspolitik heißt Konflikte annehmen und gewaltfrei bearbeiten.** Grundlage einer  
102 gewaltfreien Konfliktbearbeitung ist zum einen, die gegenseitigen Positionen, Interessen und  
103 Bedürfnisse zu achten. Dies erfordert andererseits, auf Waffengewalt und Drohungen zu  
104 verzichten. Die Bereitschaft zur wechselseitigen Entwaffnung und Aufgabe gegenseitiger  
105 Drohungen ist also Dreh und Angelpunkt für gewaltfreie Konfliktbearbeitung.

106 **Abrüstung, Rüstungskontrolle und Strukturen kooperativer Sicherheit zielen darauf  
ab,**

107 **gewaltfreie Konfliktbearbeitung zu verstetigen.** Durch Verhandeln, Vereinbaren und  
Überwachen

108 von Regeln und Grenzen für Bewaffnung wird das Gewaltpotential von Konflikten geschrumpft.

109 Darüber hinaus bildet sich ein institutioneller Rahmen für Vertrauensbildung und gewaltfreie  
110 Konfliktbearbeitung. Dahinter steckt die Überzeugung, dass die Wahrung von Frieden mit einem  
111 kooperativen Sicherheitsverständnis besser gelingt als mit kompetitiven Konzepten von  
112 Sicherheit. Dieser Gedanke hat nach dem Ende des Kalten Krieges die sicherheitspolitische  
113 Zusammenarbeit beflügelt und zahlreiche Übereinkommen für Abrüstung, Rüstungskontrolle  
und

114 Institutionen kooperativer Sicherheit ermöglicht.

115 **Die abrüstungs- und rüstungskontrollpolitischen Errungenschaften wurden jedoch  
nicht**

116 **konsequent gepflegt und ausgebaut.** Stattdessen setzte sich immer wieder der Geist  
117 kompetitiver Sicherheit durch. Den begrenzenden Einigungen über Abrüstung und  
118 Rüstungskontrolle in bestimmten Bereichen wurde durch gezielte Aufrüstung und  
119 Neuentwicklungen von Waffensystemen in anderen Bereichen ausgewichen. Bündnisstrukturen  
120 wurden nicht durch Strukturen kooperativer Sicherheit ersetzt, sondern ausgedehnt und für  
121 neue Aufgaben verstärkt. Hinzu kommt die Aufrüstung neuer Regional- und Weltmächte.

122 Inzwischen zersetzt die weltweite Rüstungsspirale samt ihrer kompetitiven Sicherheitslogik  
123 auch die bereits geschaffene Abrüstungs- und Rüstungskontrollarchitektur insgesamt. Europa

124 ist von diesem Vertrags- und Regelzerfall besonders betroffen. **Um Abrüstung,  
125 Rüstungskontrolle und kooperative Sicherheit wieder voranzubringen, müssen wir  
uns von**

126 **Sicherheitsegoismen und Blockdenken lösen,** die ganze Bandbreite von Waffensystemen  
in den

127 Blick nehmen und Verträge sowie Institutionen neu aufstellen.

128 Vor der eigenen Haustüre zu kehren ist der erste Schritt. **Rüstungsexporte in Krisengebiete  
129 und an Staaten, die systematisch Menschenrechte verletzen, müssen gesetzlich  
verboten sein.**

130 Nicht wirtschaftliche Erwägungen oder die eigene Rüstungsindustrie, sondern  
131 friedenspolitische Zielsetzungen müssen entscheidend sein. Auch auf europäischer Ebene  
132 müssen dem weltweiten Waffenhandel enge Grenzen gesetzt und die ausufernde Verbreitung  
133 europäischer Waffen in die ganze Welt beendet werden. Dies sowohl im Interesse der eigenen

- 134 Sicherheit als auch, um der weltweiten Bewaffnung insbesondere von autoritären Staaten und  
135 in Krisengebieten entgegen zu wirken.
- 136 **Deutschland muss außerdem konsequent auf Nuklear- und andere Massenvernichtungswaffen verzichten.** Die hier stationierten Nuklearwaffen müssen abgezogen und der Ausstieg aus der  
137 Nuklearenergie im zivilen wie im militärischen Bereich vollendet werden. Wir wollen eine  
138 Verankerung von Nuklearenergie- und Nuklearwaffenfreiheit im Grundgesetz diskutieren.  
139 International muss sich Deutschland für Verbot und die Ächtung aller  
140 Massenvernichtungswaffen einsetzen und alle Verträge, die dieses Ziel verfolgen,  
141 unterstützen. Dazu zählen heute auch der Nuklearer Nichtverbreitungsvertrag und der  
142 Nuklearwaffenverbotsvertrag.
- 144 **Wir treten für ein generelles Verbot von Waffensystemen ein, die grausam und unterschiedslos töten und nicht mit dem humanitären oder Kriegsvölkerrecht vereinbar sind.** Neben  
145 den  
146 Massenvernichtungswaffen zählen hierzu Antipersonenminen und Streumunition. Die  
147 Entwicklung  
148 neuer Systeme, die gegen diese Grundregeln verstoßen, lehnen wir ab und treten für deren  
149 weltweites Verbot ein. Auch bewaffnete Drohen und **Waffensysteme, die ohne effektive menschliche Kontrolle Entscheidungen über Leben und Tod treffen können, lehnen wir für die Bundeswehr ab und setzen uns für deren Ächtung und Verbot ein. Die weitere Militarisierung des Weltraums nehmen wir nicht hin.** Für all diese Kategorien braucht es klare  
150 internationale  
151 Regeln bzw. Verbote, und Regime zur Sicherstellung ihrer Einhaltung.
- 153 **Die zunehmende Ausweitung der militärischen Nutzung neuer Technologien betrifft auch besonders den digitalen Raum.** Hier treten wir für klare Grenzen und einen Verzicht auf die  
154 offensive militärische Nutzung ein und sehen die Verantwortung für den Schutz der IT-  
155 Infrastruktur im Innen- und nicht im Verteidigungsressort. Sie darf außerdem nicht gegen  
156 Bürger\*innen- und Menschenrechte ausgespielt werden, insbesondere nicht im Datenschutz.
- 158 **Als Motor künftiger Abrüstungs- und Rüstungskontrollinitiativen soll das humanitäre Völkerrecht dienen,** das den Schutz der Bevölkerung in den Mittelpunkt stellt. Mit dieser  
159 Perspektive können wir auch künftigen militärtechnologischen Entwicklungen Grenzen setzen  
160 und die gewaltfreie Konfliktbearbeitung fördern. Darum wollen wir das humanitäre Völkerrecht  
161 stärken und weiterentwickeln.
- 163 Um Abrüstung, Rüstungskontrolle und kooperative Sicherheit wieder voranzubringen, müssen  
164 wir  
165 uns von Sicherheitsegoismen und Blockdenken lösen. **Wir wollen einen Paradigmenwechsel in der Sicherheitspolitik und Strukturen der kooperativen Sicherheit auf- und ausbauen,** die  
166 perspektivisch kompetitiv ausgerichtete Sicherheitsallianzen ersetzen können. Hierzu müssen  
167 auch Deutschland und die EU sich loslösen von einer kurzfristigen, weil egoistischen  
168 Sicherheitspolitik und den Prinzipien der Abschreckung und Abschottung.

169 **Multilateralismus und seine wichtigsten Institutionen: EU und VN**

170 Wir müssen anerkennen, dass es viele Akteur\*innen in unserer globalen Realität gibt, die ihr  
 171 Handeln auf eine „Logik der Unsicherheit“ stützen. Damit müssen wir vor allem kurzfristig  
 172 auch pragmatisch umgehen. Wo immer möglich verfolgen wir aber einen anderen Ansatz. Dazu  
 173 gehören die zivile Krisenprävention und der verstärkte Einsatz diplomatischer Mittel.

174 **Anstatt uns in die Ecke drängen zu lassen, wollen wir Verbündete suchen, die dem  
 eine**

175 **solidarische und offene Perspektive auf die Welt entgegensetzen.** "Wir" muss dabei  
 wegen

176 ihrer Kombination aus Gewicht und prinzipieller Einigungsfähigkeit wo möglich mindestens die  
 177 EU bedeuten, aber als Begriff immer werteorientiert erweiterbar bleiben.

178 **Eurozentrismus, d.h. den primären oder ausschließlichen Bezug globaler  
 Fragestellungen auf**

179 **uns, oder den Glauben, Europa wüsste oder könne alles besser, lehnen wir ab.** Diese  
 Denkweise

180 verhindert es oft, konstruktiv mit anderen zusammenzuarbeiten. Es ist im Gegenteil besonders  
 181 wichtig, die Sicht anderer auf Europa und Deutschland anzuerkennen und zu berücksichtigen.

182 Dies gilt insbesondere für Zusammenhänge, in denen letztere besondere historische  
 183 Verantwortung tragen, wie z.B. im Zusammenhang des Kolonialismus, der Shoah oder anderen  
 184 massiven Verbrechen. Deren Aufarbeitung darf nicht enden und muss immer die Perspektiven  
 der

185 Opfer mit einbeziehen.

186 **Die weitere Einigung und Entwicklung Europas im Sinne einer friedlichen EU darf  
 nicht in**

187 **pauschaler Abgrenzung zu oder gar Dämonisierung von anderen Staaten erfolgen,**  
 sondern muss

188 mit Dialog und friedlichem Ausgleich und den Interessen aller im Blick einhergehen. So kann  
 189 sie mehr noch als ein Einigungsprozess nach innen, auch ein Friedens- und

190 Entwicklungsprozess nach außen sein. Dieses Potenzial wird heute noch zu wenig genutzt. Im  
 191 Gegenteil: Europas Verschleppung u.a. einer echten, mindestens EU-weit koordinierten  
 192 Energiewende gefährdet das Weltklima, während viele europäische Konsum- und  
 Handelsmuster

193 vor allem Menschen andernorts die Existenzgrundlagen entziehen. Zudem treiben europäische  
 194 Waffenexporte Aufrüstungsspiralen und entsprechende Unsicherheitslogiken an, während  
 195 europäische Migrationspolitik einseitig auf Abschottung setzt und so den Tod vieler Menschen  
 196 zu verantworten hat.

197 Europa kann einen Unterschied machen, wenn es um Menschenrechte, Frieden, Sicherheit und  
 198 Freiheit geht, auch über seine Grenzen hinweg! Wir wollen uns darum für ein Gemeinsames  
 Haus

199 Europa einsetzen. Dafür braucht es eine starke EU, aber auch viel Engagement für

200 Institutionen wie die OSZE und die Zusammenarbeit im Europarat. **Unsere Vision eines  
 201 außenpolitisch starken Europas ist eine zivile, eine inklusive, eine solidarische  
 Stärke,**

202 **die aus einer menschenrechtsorientierten Politik friedensstiftend wirkt.** Den aktuellen  
 Fokus

203 in der EU auf eine Union der Verteidigung lehnen wir ab. Er beschränkt Europas  
204 Friedenspotenziale und führt zu weiterer Aufrüstung. Eine wie auch immer geartete nukleare  
205 Bewaffnung einer EU-Armee ist für uns nicht akzeptabel. Eine EU-Armee ist für uns nur  
206 diskutabel, sofern ihr Einsatz (vergleichbar mit der Bundeswehr) an einen EU-  
207 Parlamentsvorbehalt gebunden ist und sie durch Synergie-Effekte insgesamt deutlich  
208 Rüstungsausgaben einspart. Sie darf aber nicht unsere Sicht und Prioritäten bezüglich  
209 nachhaltiger Konfliktbehandlung bestimmen. Stattdessen liegt unser Schwerpunkt in der  
210 Früherkennung und Prävention und wir fordern, die finanziellen Mittel dafür, anstatt für  
211 Militär, auszuweiten.

212 Seit vielen Jahren wird gefordert, dass Europa, bzw. die EU, „weltpolitikfähig“, d.h. geeint  
213 handlungsfähig, werden solle. Jedoch: **Europas außen- und sicherheitspolitische Einigung,**  
**so**

214 **wie wir sie uns vorstellen, kann sich nur in der Zuwendung zum Multilateralen**  
**Dialog**

215 vollziehen. Multilateralismus bedeutet, dass zentrale Akteure ihre Politik im gegenseitigen  
216 Respekt miteinander absprechen und gemeinsam handeln. Nur so können wir auch den  
Grundstein

217 setzen für einen globalen Ordnungsrahmen, der zur neuen, multipolaren Ära passt und dem  
218 Ausgleich dienlich ist.

219 Die Vereinten Nationen (VN) haben sich in den ereignisreichen und wechselhaften Jahrzehnten  
220 ihrer Existenz als Institution mit zahlreichen Unterorganisationen stark erweitert, um  
221 globalen Herausforderungen besser begegnen zu können. Zentrale Probleme der politischen  
222 Steuerung und Entscheidungsfindung in ihren Gremien wurden jedoch nach einer kurzen, durch  
223 das Ende des Kalten Krieges bedingten Hoffnungsphase wieder offensichtlicher. Hinweise auf  
224 Missstände sollen von uns aber keine Pauschalkritik sein, wie sie oft gerade von denen  
225 kommt, die effektiven Multilateralismus ausbremsen - **Gerade weil wir die VN als die**  
**primäre**

226 **Akteurin und Verhandlungsort für globale Fragen stärken wollen, kritisieren wir ihren**

227 **aktuellen Zustand.**

228 Vor allem der VN-Sicherheitsrat als nach wie vor das zentrale Gremium, das  
229 friedenserhaltende und friedenserzwingende Maßnahmen beschließen kann, wird seinen  
230 Anforderungen nicht gerecht. Seine Zusammensetzung ist nicht repräsentativ: Viele Länder mit  
231 sehr großen Bevölkerungen (z.B. Indien) sitzen hier nicht dauerhaft mit am Tisch. Und das  
232 einsame Vetorecht seiner fünf ständigen Mitglieder wird oft für Sonderinteressen  
233 missbraucht, selbst wenn diese viele Menschen zu Leid, Elend, Unterdrückung und Tod  
234 verdammen. **Multilaterale Strukturen wie der VN-Sicherheitsrat müssen dahingehend**  
**reformiert**

235 **werden, dass sie demokratischer, repräsentativer als auch weniger blockadeanfällig**  
**werden.**

236 **Deshalb fordern wir eine Reformierung der Sitzverteilung im VN-Sicherheitsrat und**  
**des**

237 **Vetorechts. Gleichzeitig müssen regionale Institutionen wie zum Beispiel die**  
**Afrikanische**

238 **Union weiter gestärkt und die Kooperation mit ihnen ausgebaut werden.**

239 Zudem mangelt es an ausreichender Ausstattung zahlreicher VN-Organisationen, um ihre  
240 wachsenden Aufgaben angemessen zu erfüllen. Dies gilt für die finanzielle und auch die  
241 personelle Ausstattung. Vor allem wenn Gefahr im Einsatz droht, wie im Falle von  
242 Polizist\*innen oder Soldat\*innen, zögern gerade die reicheren Staaten, darunter Deutschland,  
243 ihren Fähigkeiten gemäß mit anzupacken. **Ehrlicher und effektiver Multilateralismus**  
244 **bedeutet**

244 **für uns nicht „nur“, in für den Weltfrieden kritischen Situationen die Einhaltung**  
245 **internationaler rechtlicher Normen zu fordern, sondern auch, sich an entsprechend**  
246 **beschlossenen Maßnahmen nach Kräften zu beteiligen.**

247 **Unser Respekt und unsere Wertschätzung gelten all jenen, die die in der VN-Charta**  
248 **verankerten Werte und Menschenrechte mit Leben füllen und in der Welt vertreten.**

Dazu

249 gehören international wie national insbesondere auch Diplom\*innen, Aktive der  
250 Entwicklungszusammenarbeit, zivile Krisenhelfer\*innen, sowie die Angehörigen von  
251 Streitkräften. Sie alle wollen wir anhören und nehmen sie in unseren außen- und  
252 friedenspolitischen Positionierungen ernst.